

ANTWORT

zu der Anfrage

der Abgeordneten Barbara Spaniol (DIE LINKE.)

betr.: Zulassungsbeschränkungen und Auswahlkriterien an Hochschulen

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„Aus dem in Art. 12 Abs. 1 GG gewährleisteten Recht auf freie Wahl des Berufes und der Ausbildungsstätte folgt ein Recht auf Zulassung zum Hochschulstudium. Das Recht auf Zulassung zum Hochschulstudium kann unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht formulierten Voraussetzungen durch oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden.

Sah man Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts das Missverhältnis von Studienbewerbern und Studienplätzen allenfalls als vorübergehend hinnehmbare Notsituation, so muss man aus heutiger Sicht leider feststellen, dass aus dem Provisorium Numerus Clausus eine dauerhafte Regelung geworden ist. Anstatt ausreichende Ausbildungskapazitäten bereitzustellen, wird Studienplatzbewerberinnen und –bewerbern in Zeiten unzureichend finanzierter Hochschulen lediglich ein Anspruch auf Teilhabe an vorhandenen Ausbildungskapazitäten eingeräumt. In besonders begehrte Studienfächer klagen sich viele Studentinnen und Studenten, die (oder deren Eltern) es sich finanziell leisten können, mit anwaltlicher Hilfe ein, sodass Kritiker in Bezug auf die Berufsfreiheit in diesem Zusammenhang von einem ‚Reichengrundrecht‘ sprechen.

Darüber hinaus sind auch die Auswahlkriterien für die Vergabe von Studienplätzen - hier insbesondere der maßgebliche Einfluss der Abiturnote – erneut in den Fokus der Kritik gerückt.“

Vorbemerkung der Landesregierung:

Grundrechte sind im Grundgesetz grundsätzlich nicht als Leistungsrechte ausgestaltet. Schafft der Staat Einrichtungen, die den Grundrechtsgebrauch erleichtern, besteht der Grundrechtsschutz für den Einzelnen nur in einem Recht auf Teilhabe. Das Bundesverfassungsgericht hat daher auch in seinem Numerus-clausus-Urteil vom 18.7.1972 aus Art. 12 Abs. 1 GG keinen originären Anspruch auf Schaffung von Einrichtungen abgeleitet, sondern einen solchen Anspruch unter den Vorbehalt des Möglichen im Sinne dessen gestellt, was der Einzelne vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann. Dies habe in erster Linie der Gesetzgeber in eigener Verantwortung zu beurteilen, der bei seiner Haushaltswirtschaft auch andere Gemeinschaftsbelange zu berücksichtigen und den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen habe.

Der von der Fragestellerin genannte Anspruch auf Teilhabe an vorhandenen Ausbildungskapazitäten ergibt sich somit unmittelbar aus dem Grundgesetz.

Wie hoch schätzt die Landesregierung den finanziellen Aufwand, zwecks Abschaffung entsprechender Zulassungsbeschränkungen an den staatlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland bzw. im Saarland die Studienplatzkapazitäten auszubauen?

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegen keine Berechnungen in dem von der Fragestellerin gewünschten Sinne vor.

Feststellen lässt sich, dass die laufenden Ausgaben je Studierenden an den staatlichen Hochschulen in Deutschland je nach Fachrichtung differieren. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes „Hochschulen auf einen Blick“, Ausgabe 2013, betrugen die laufenden Ausgaben je Studierenden 2010 im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften 26.070 Euro. In den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften beliefen sie sich auf 8.160 Euro oder in den Ingenieurwissenschaften auf 6.370 Euro. Mit 4.560 Euro je Studierenden wandten die Träger für die Studierenden in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einen geringeren Beitrag auf.

Es handelte sich hierbei um laufende Mittel, die der Hochschulträger im Berichtsjahr den Hochschulen je Studierenden für Forschung und Lehre zur Verfügung stellte. Darin enthalten waren zwar auch die laufenden Ausgaben der zentralen Einrichtungen. Nicht berücksichtigt sind aber die Ausgaben für Investitionen. Zudem handelt es sich nicht um die Ausgaben für die gesamte Studiendauer.

Die Zahlen der nicht erfolgreichen Studienplatzbewerberinnen und –bewerber fallen ebenfalls unterschiedlich aus. Für das Studium der Humanmedizin lässt sich feststellen, dass 8.999 Studienplätzen zum Wintersemester 2014/2015 eine Bewerberzahl von 43.002 gegenüberstand. Dabei ist nicht nur im Bereich der Humanmedizin ein Anstieg der Bewerberzahlen festzustellen. Dies ist hinsichtlich der Studienanfängerzahlen an allen Hochschulen in Deutschland festzustellen. Lag 1995 die Zahl der Studienanfängerinnen und –anfänger noch bei 26.2407, waren 2013 50.8621 Studienanfängerinnen und –anfänger zu verzeichnen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1., WS 2013/2014, S. 14).

Um das Zuteilungsverfahren der knappen zulassungsbeschränkten Studienplätze zu optimieren und die Auslastung des Studienangebotes insgesamt zu erhöhen, wurde mit Unterstützung der Länder durch die Stiftung für Hochschulzulassung das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV) entwickelt. Das DoSV soll die Vermittlung von Studienplätzen bundesweit koordinieren und dadurch Mehrfachzulassungen und daraus folgend das Freibleiben von Studienplatzkapazitäten vermeiden.

Wie bewertet die Landesregierung - insbesondere vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - die Zielsetzung, Studienplatzkapazitäten an den staatlichen Hochschulen nachhaltig zu erweitern?

Zu Frage 2:

Die Landesregierung weist hierzu auf die Vorbemerkung und den dort genannten, vom Bundesverfassungsgericht anerkannten Vorbehalt des Möglichen.

Wie bewertet die Landesregierung die Behauptung, im Hinblick auf Studienplatzklagen bei begehrten Studienfächern finde eine soziale Selektion statt und was wäre aus Sicht der Landesregierung hiergegen zu unternehmen?

Zu Frage 3:

Das Landesregierung steht es nicht zu, das von Studienplatzbewerberinnen und -bewerbern in Anspruch genommene Recht nach Art. 19 GG, den Rechtsweg zu beschreiten, zu kritisieren oder in verfassungswidriger Weise einschränken zu wollen.

Im Übrigen versteht sich von selbst, dass mit einer erfolgreichen Klage nicht zwangsläufig die Zuteilung eines Studienplatzes verbunden ist, da nach der hiesigen Rechtsprechung bei mehreren erfolgreichen Klagen unter Umständen ein Losverfahren durchzuführen ist.

Inwieweit bestünden in rechtlicher Hinsicht Möglichkeiten, bezüglich der von der Stiftung für Hochschulzulassung zentral für die Hochschulen des Saarlandes zu vergebenden Studienplätze auf die Abiturnote als Auswahlkriterium weitgehend zu verzichten und wie bewertet die Landesregierung bejahendenfalls eine solche Möglichkeit politisch?

Zu Frage 4:

Das Recht auf Teilhabe bedingt, dass Studienplatzkapazitäten in Orientierung an die Funktionsfähigkeit und unter Ausschöpfung aller sachlichen und personellen Mittel einer Hochschule unter Anwendung sachgerechter, gleicher und legitimer Auswahlkriterien vergeben werden. Das Bundesverfassungsgericht akzeptiert daher eine Auswahl nach Leistung, wie sie sich etwa in der Abiturnote widerspiegelt, Los, Wartezeit und Gesichtspunkten sozialer Härte.

Neben der sogenannten Abiturbestenquote von 20 % und der Wartezeitquote von weiteren 20 % der Studienplätze werden derzeit 60 % der Studienplätze in sogenannten Auswahlverfahren der Hochschulen vergeben, die nach dem Staatsvertrag über Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 (Amtsbl. 2009, 331) nach Maßgabe des Landesrechts hierbei auch folgende weitere Kriterien berücksichtigen können:

- a) Grad der Qualifikation,
- b) gewichtete Einzelnoten der Qualifikation für das gewählte Studium, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben,
- c) Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests,
- d) Berufsausbildung oder Berufstätigkeit,
- e) Ergebnis eines von der Hochschule durchzuführenden Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums dienen soll,
- f) Verbindung von Maßstäben nach den Buchstaben a bis e.

Bei der Auswahlentscheidung muss der Durchschnittsnote aber „ein maßgeblicher Einfluss“ eingeräumt werden.

Die Universität des Saarlandes orientiert sich bisher nur an der Abiturquote. Die Medizinische Fakultät trägt sich mit Unterstützung der Landesregierung jedoch mit der Absicht, künftig weitere Kriterien zu berücksichtigen. So sollen zum WS 2016/2017 im Auswahlverfahren der Universität des Saarlandes die 1. bis 3. Ortspräferenz, bestimmte berufliche Vorbildungen und die Ableistung von Freiwilligendiensten im Gesundheitsbereich notenverbessernd berücksichtigt werden. Aus Sicht der Fakultät kann angesichts der hohen Kosten eines Studienplatzes dabei auf die Abiturnote nicht gänzlich verzichtet werden, da sie einen Indikator für den späteren Studienerfolg darstellt. Weitere Kriterien werden als nicht zielführend oder als zu aufwendig bzw. klageträchtig eingestuft.

Inwieweit bestünden in rechtlicher Hinsicht Möglichkeiten, in Bezug auf die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen außerhalb zentraler Verfahren an den staatlichen Hochschulen des Saarlandes auf die Abiturnote als Auswahlkriterium weitgehend zu verzichten und wie bewertet die Landesregierung bejahendenfalls eine solche Möglichkeit politisch?

Zu Frage 5:

Die Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen außerhalb zentraler Verfahren an den staatlichen Hochschulen des Saarlandes (Vergabeverordnung Saarland) ermöglicht es den Hochschulen im Rahmen des Hochschulauswahlverfahrens, sämtliche im Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung aufgeführten Auswahlkriterien sowie deren Kombination (vgl. Antwort zur Frage 4) zu berücksichtigen.

Kosten in welcher Höhe auf Seiten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fallen pro StudentIn für ein Studium der Medizin an der Universität des Saarlandes an und wie setzen sich diese Kosten zusammen? Mit welchem Betrag beziffert die Landesregierung die Grenzkosten, mithin die Kosten im Fall der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze im Studiengang Medizin um einen Studienplatz?

Zu Frage 6:

Bundesweit existieren keine belastbaren Studienplatzkostenberechnungen für die medizinischen Studiengänge, sondern lediglich Schätzwerte. Die Werte schwanken zwischen 180.000 und 200.000 Euro pro Studienplatz und beziehen sich auf die Gesamtregelstudienzeit von 8 Semestern. Der Wissenschaftsrat referiert sogar Schätzungen von 200.000 bis 250.000 Euro pro Studienplatz.

Es ist nicht möglich, die genauen "Kosten" eines Medizinstudienplatzes im Saarland zu spezifizieren. Unter anderem lassen sich die Personal- und Raumressourcen der Medizinischen Fakultät nicht trennscharf auf die Bereiche Lehre und Forschung sowie Krankenversorgung aufteilen, so dass eine genaue Berechnung der Kostenanteile für den Bereich der Lehre ausscheidet. Es ist nur möglich, einen Näherungswert durch die Umlage der Landeszuweisung für die Medizin in Höhe von 56 Mio. Euro auf die Zahl der Studierenden zu errechnen. Dieser Näherungswert liegt bei rund 162.200 € pro Studienplatz für die Dauer der Regelstudienzeit.

Darin enthalten sind die Personal- wie auch Sachmittel der Medizinischen Fakultät, Investitionskosten für kleinere Baumaßnahmen und Großgeräte, Verrechnungskosten für die zwischen der Universität und dem Universitätsklinikum gegenseitig erbrachten Dienstleistungen sowie anteilig auf die Medizinische Fakultät entfallende Kompensations- und Hochschulpaktmittel.

Dagegen sind Kosten größerer Bauvorhaben wie z.B. für den Neubau des Zentralen Hörsaalgebäudes, das ausschließlich für die Ausbildung von Medizinstudenten auf den Campus in Homburg genutzt wird, sowie die Gemeinkosten der Verwaltung der Universität in Saarbrücken nicht berücksichtigt. Da diese Kosten in einem hohen Umfang anfallen, ist jeder Näherungswert mit erheblichen Unschärfen belastet.

Zur Frage der Grenzkosten verweist die Landesregierung auf folgende Aspekte:

Die Anzahl der Studienplätze in den Medizinstudiengängen ist gemäß der Kapazitätsverordnung, die bundesweit in einheitlicher Weise in allen Länder erlassen wird, zu berechnen. Daraus folgt, dass die vorhandene Personal- und Raumausstattung zwingend zu 100 % auszulasten ist.

Eine Grenzkostenbetrachtung, die davon ausgeht, dass die Kapazität eines bestehenden Systems nicht zu 100 % ausgelastet ist, ist daher denklogisch ausgeschlossen.

Theoretisch könnte zwar eine Betrachtung der sogenannten sprungfixen Kosten angestellt werden. Diese entstehen zwangsläufig beim Überschreiten einer Kapazitätsstufe zusätzlich zu den bisherigen absolut fixen Kosten der jeweils vorherigen Kapazitätsstufe. Sie fallen in der neuen Kapazitätsstufe zunächst unabhängig von der Auslastung an, da für die Produktion einer zusätzlichen Leistung (hier die Schaffung eines zusätzlichen Studienplatzes) durch zusätzliche Investitionen neue Kapazitäten geschaffen werden müssen.

Sprungfixe Kosten zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze in den Medizinstudiengängen sind also immer abhängig vom jeweils bereitgestellten Investitionsvolumen, so dass das Verhältnis der Kosten pro zusätzlichen Studienplatz auch bei Betrachtung der sprungfixen Kosten seinerseits je nach Prämisse variiert.

Wie bewertet die Landesregierung in rechtlicher und politischer Hinsicht die Zielsetzung, im Studiengang Medizin an der Universität des Saarlandes zusätzliche Kapazitäten zu schaffen und die Vergabe der zusätzlichen Studienplätze mit einer Verpflichtung der StudienplatzbewerberInnen, nach Beendigung des Studiums für einen zeitlichen festgelegten Zeitraum im Saarland eine ärztliche Tätigkeit auszuüben, zu verbinden?

Zu Frage 7:

Angesichts des Anspruchs auf Teilhabe aller Studienplatzbewerber, der auf eine gleiche, chancengleiche und qualifikationsgerechte Zuteilung abzielt, wäre es verfassungsrechtlich unzulässig, die Vergabe von Studienplätzen, gleichgültig ob sie zusätzlich geschaffen werden oder nicht, von der Verpflichtung zur Aufnahme einer ärztlichen Tätigkeit im Saarland abhängig zu machen (so auch der Gemeinsame Bericht der Gesundheitsministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz „Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen“).

Wie bewertet die Landesregierung die starke Fokussierung auf die Einser-Abiturnote (zwischenzeitlich häufig 1,0) bei der Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Medizin und die in der jüngeren Vergangenheit - insbesondere aus den Reihen der Ärzteschaft selbst - hieran geäußerte Kritik?

Zu Frage 8:

Die Landesregierung kann die pauschale Behauptung der Fragestellerin nicht bestätigen.

Je nach Landesquote und Bewerberlage genügten beim Auswahlverfahren nach der Abiturbestenquote in den letzten Jahren teilweise auch Noten von beispielsweise 1,6 (Sommersemester 2012, Sachsen-Anhalt) oder 1,4 (Sommersemester 2012, Saarland sowie Sommersemester 2013, Schleswig-Holstein).

Im Auswahlverfahren der Hochschulen zum Wintersemester 2014/15 lag die „Auswahlgrenze“ bei den Noten 1,2 (Universität Münster), 1,3 (Technische Hochschule Aachen, Universität Düsseldorf, Köln), 1,4 (Universität des Saarlandes, Bonn, Jena, Kiel), 1,5 (Charité - Universitätsmedizin Berlin, Bochum, Duisburg-Essen, Frankfurt am Main), 1,6 (Medizinische Hochschule Hannover, Universität Leipzig, Würzburg), 1,7 (Universität Göttingen), 1,8 (Universität Erlangen-Nürnberg, Halle-Wittenberg), 1,9 (TU Dresden, Hamburg, Lübeck, Marburg, München, Regensburg, Rostock), 2,0 (Universität Magdeburg, Tübingen, Ulm), 2,1 (Universität Freiburg, Gießen, Greifswald, Mainz), 2,3 (Universität Oldenburg), 2,6 (Universität Heidelberg/Heidelberg-Mannheim), 2,7 (Universität Heidelberg/Fakultät Heidelberg).

Zum Wintersemester 2013/14 lag die „Auswahlgrenze“ im Auswahlverfahren der Hochschulen bei den Noten 1,8 (Universität Erlangen-Nürnberg), 1,9 (Universität Oldenburg, Regensburg, Würzburg), 2,0 (Universität Magdeburg, Mainz, München, Rostock, Tübingen), 2,1 (Universität Freiburg, Gießen, Ulm), 2,2 (Universität Heidelberg/Fakultät Heidelberg), 2,3 (Universität Greifswald) und 2,4 (Universität Heidelberg/Heidelberg-Mannheim).

Darüber hinaus ist auf einen aktuellen Beschluss der 88. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vom 24. und 25. Juni 2015 in Bad Dürkheim zu verweisen, wonach es im Bereich der ärztlichen Versorgung seitens der Fachwelt unterschiedliche Sichtweisen gibt, ob tatsächlich ein genereller Ärztemangel droht oder mögliche Engpässe in erster Linie aus einer regionalen Ungleichverteilung der Ärztinnen und Ärzte resultieren.

Im Übrigen gilt es, die anstehende Diskussion in der Konferenz der Gesundheits- und Wissenschaftsministerinnen und -minister zu dem von der Bundesregierung geplanten „Masterplan Medizinstudium 2020“ abzuwarten, bei der es unter anderem auch um eine stärkere Berücksichtigung weiterer Auswahlkriterien bei der Zulassung zum Studium und Evaluation der verschiedenen Auswahlverfahren gehen soll.